

Leere Versprechen beim Wohnungsbau in Jerusalem

Den Israel-Korrespondenten der F.A.Z., Jörg Bremer, einseitiger Berichterstattung gegenüber Israel zu beschuldigen, wie dies der langjährige Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollek, in seinem Brief „Jerusalem und seine arabischen Einwohner“ getan hat (F.A.Z. vom 3. Mai), ist unberechtigt. Es scheint ein beliebtes Stilmittel eines Teils der politischen Elite Israels zu sein, jede ihnen unliebsame Meinung als „einseitig“ zu verunglimpfen. Bremers Artikel enthält einige für Israel – und insbesondere Teddy Kollleks lange Amtszeit betreffend – unbequeme Wahrheiten. Auch unter seiner Amtszeit wurden keine Wohnungen für die Palästinenser gebaut. Es sind zwar einmal 2000 zugesagt worden, aber dabei blieb es dann auch. Warum sollten die Palästinenser deshalb den Versprechungen Netanjahus Glauben schenken, für ihr Nachgeben beim Bau der neuen Siedlung Har Homa wolle Israel auch für sie 3000 neue Wohnungen errichten? Daß Jerusalem nur für Juden wachse, wie Bremer zu Recht festgestellt hat, machen auch Kollleks etwas magere Gegenbeispiele nicht wett.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß die Annexion Ost-Jerusalems, der Golan-Höhen, der Bau von Siedlungen und

die Ansiedlung der eigenen Bevölkerung in besetzten Gebieten nach Völkerrecht nicht statthaft sind. Deshalb erkennen die palästinensischen Bewohner Ost-Jerusalems die Jerusalemer Stadtverwaltung auch nicht an, was Kollek bedauert. Mit dieser Weigerung wollen sie nicht der Okkupation eine Legitimität geben, die dieser aufgrund des Völkerrechts auch nicht zusteht. Hoffentlich besinnt sich die Bundesregierung gegenüber Israel bald wieder dieser Völkerrechtsposition. Der Vorwurf, der Artikel Bremers trage nicht dazu bei, „Toleranz“ und „gegenseitigen Respekt“ zu fördern, stellt nicht nur die Tatsachen auf den Kopf, sondern stempelt den Überbringer unliebsamer Wahrheiten zum Schuldigen. Fakt ist jedoch, daß die Palästinenser aufgrund ihrer seit 30 Jahren andauernden Unterdrückung und Entrechtung in Ost-Jerusalem und den besetzten Gebieten durch Israel nicht begeistert sind, den Prinzipien „Toleranz“ und „gegenseitiger Respekt“ zu huldigen. Die israelische Stadtverwaltung unter dem Nachfolger Kollleks, Ehud Olmert, unternimmt alles, um sie mit „legalen“ administrativen Maßnahmen aus der Stadt zu entfernen.

Dr. Ludwig Watzal, Bonn